



# Sitzungsvorlage

Nr.:	192/2005
ausgefertigt am:	05.10.2005
Fachamt:	Interner Servicebetrieb
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none"><li>– Kreisausschuss</li><li>– Kreistag</li></ul>

## Tischvorlage

### **Niedersächsische Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest; hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.09.2005**

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 27.09.2005 folgenden Antrag gestellt:

- „1. Der Kreistag stellt fest, dass die Stallpflicht für alles Geflügel im LK Cuxhaven nicht durchzusetzen ist.
2. Der Kreistag missbilligt eine Verordnung des Landes Niedersachsen, die praktisch nicht durchzuhalten ist und völlig unnötige Kosten mit sich bringt.
3. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, diese Verordnung umgehend zu revidieren und ihren Alleingang in Sachen Geflügelpest zu stornieren.
4. Der Kreistag fordert die Verwaltung des Landkreises auf, schnell und unbürokratisch Sondergenehmigungen für freilaufendes Geflügel zu erteilen, solange die Landesregierung von ihrer „unsinnigen Verordnung“ (Wissenschaft) nicht Abstand genommen hat.

#### **Begründung:**

Der LK Cuxhaven ist im Großen wie im Kleinen eine landwirtschaftsgeprägte Region mit sehr unterschiedlich strukturierter Hofhaltung. Neben Großbetrieben mit Tausenden von Mast – und Legebatterien in Käfig-, wie in Freilandhaltung finden sich Tausende von kleineren bis kleinsten Tierhaltungen, und diese immer im Freilauf.

Für die Menschen im LK Cuxhaven ist nicht nachvollziehbar, dass einerseits große Herden von Gänsen und Hühnern weiterhin im Freien schnattern oder gackern, während andererseits Nachbarn Hühner und Gänse in meistens völlig unzureichende Ställe verbannt wurden, bzw. getötet worden sind.

Diese Zumutungen an die Halter und Halterinnen von kleinen Geflügelbeständen werden mit der Sorge um den Tierschutz und den Artenschutz verstärkt, gibt es doch bereits Fälle, wo Tiere, die zu den aussterbenden Rassen gehören, wegen der Stallpflicht verendet sind.

Weiter Begründungen werden mündlich vorgetragen.“

#### **Stellungnahme der Verwaltung:**

zu 1.

Die Aufstallpflicht besteht dem Grunde nach. Es gibt jedoch Ausnahmetatbestände.

Wer sein Geflügel nicht aufstellen kann beantragt eine Ausnahmegenehmigung, die er unter einer Auflagenerteilung - monatliche tierärztliche Überprüfung des Geflügelbestandes - gebührenpflichtig erhält.

zu 2.

Die Niedersächsische VO zur Bekämpfung der Geflügelpest minimiert die Gefahr der Übertragung der Geflügelpest durch Wildvögel und trägt auch über die Sensibilisierung der Öffentlichkeit zur Stärkung der vorbeugenden Tierseuchenbekämpfung bei.

zu 3.

Alle norddeutschen Bundesländer mit überragender/konzentrierter Geflügelhaltung: Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen haben vorbeugende Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen getroffen.

zu 4.

Dazu bedarf es keiner Aufforderung durch den Kreistag, das ist eine Selbstverständlichkeit.

zu Absatz 2 der Begründung:

Alle der Landkreisverwaltung bekannten Gänse-/ Enten-/ Hühnerfreilandhaltungen haben eine Ausnahme-genehmigung zur Aufstallpflicht erhalten.

zu Absatz 3 der Begründung:

Diese Fälle sind dem Landkreis nicht bekannt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Antrag wird erörtert.

Bielefeld